

Posener Zeitung.

Achtundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Witwengasse 17) bei C. F. Ulrich & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei S. Streifand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Annoncen-Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei C. F. Naube & Co., Haasenpfein & Vogler, Rudolph Masse. In Berlin, Dresden, Göttingen beim „Invalidendank“.

Ar. 832.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 26. November.

Inserate 20 Pf. die sechs Spalten Weitzelle ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat Dezember werden bei allen Postanstalten zum Preise von 1 Mt. 82 Pfg., sowie von sämtlichen Distributoren und der unterzeichneten Expedition zum Betrage von 1 Mark 50 Pfg. entgegengenommen, worauf wir hierdurch ergebenst aufmerksam machen.

Die neu hinzutretenden Abonnenten erhalten den Anfang der Erzählung „Das Geheimniß des Bettlers“ unentgeltlich nachgeliefert. Expedition der Posener Zeitung.

Kolonisation und Export.

Wir kommen heute noch einmal auf die Eingabe zurück, welche vor mehreren Monaten seitens einiger Mitglieder des preussischen Volkswirtschaftsraths unter Führung des Herrn Ehrenkammer-Sessel, des bekannten Schutzzoll-Agitators, an den Reichskanzler gerichtet worden ist. Diese Eingabe, welche die Befreiung des wirthschaftlichen und sittlichen Nothstandes in Deutschland bezweckt, berührt nämlich bei ihren verschiedenen Vorschlägen auch die Kolonisationsfrage, eine Frage, welche jedenfalls in einer oder der anderen Form, sei es in Gestalt von Vorlagen der Reichsregierung, sei es in Form von Anträgen aus der Mitte des Reichstages heraus, in der gegenwärtigen Reichstags-Session aufzulaufen wird.

„England und Frankreich“, so sagen die Antragsteller in ihrer Eingabe, „sind durch die Erwerbung großer Kolonien bereichert gewesen, sich nicht nur die Möglichkeit eines eigenen Bezugs von tropischen Erzeugnissen und Brodstoffen, sondern auch in den eigenen Kolonien solche Absatzgebiete für ihre Industrie-Erzeugnisse zu sichern, welche ihnen keine fremde Macht durch hohe Zölle veriperrern kann. Beide Länder können deshalb der Zukunft viel getrost entgegensehen, wie Deutschland. Beide haben für ihren etwaigen Bevölkerungsüberschuß eigene Kolonisationsgebiete. Beide können ihren industriellen Export nach ihren Kolonien hin jährlich mit Sicherheit steigern.“

Auf Grund dieser Deduktion verlangen nun die Petenten, daß der Reichskanzler zum Zweck der Erwerbung von Kolonisationsgebieten sich von dem nächsten Reichstage vorläufig auf 10 Jahre hinaus einen jährlichen Blankokredit von 10 Millionen Mark zu distriktionärer Verwendung bewilligen lasse.

Man mag über die vor einiger Zeit wieder sehr in den Vordergrund getretene Kolonisationsfrage denken wie man will, so viel ist gewiß, daß die Erwerbung überseeischer Kolonien allein den Exporthandel eines Landes nicht zu heben vermag. Die Erhaltung und Hebung desselben hängt von ganz anderen Bedingungen ab.

Es ist, um dies gleich voranzuschicken, eine unbestreitbare Thatsache, daß durch die mehr und mehr steigende Konkurrenz der amerikanischen Industrie auf dem Weltmarkte der europäische Exporthandel zurückgegangen ist. Schritt für Schritt haben die mächtigen und findigen Amerikaner die bisherigen Exportgebiete Europa's erobert. Ganz besonders hat unter dieser steigenden Konkurrenz der deutsche Handel gelitten. Und nicht allein durch die Amerikaner, sondern auch durch europäische Staaten ist Deutschland mehr und mehr von dem Weltmarkte verdrängt worden. Porzellan, dieser Hauptartikel der deutschen industriellen Produktion, wird auf den Märkten Chile's jetzt von den chilenischen bezogen, kauflische Seifen und Stearinlichte aus Holland und Belgien. Der deutsche Export nach Pernambuco (Brasilien) beschränkt sich nur noch auf ein einziges deutsches Haus, die übrigen deutschen Häuser sind zu englischen Fabrikaten übergegangen. In Argentinien ist es von 1875 bis 1877 mit dem deutschen Import stark rückwärts gegangen.

So sehen wir, daß Deutschlands Gesamtthandel im ersten Schutzolljahre 1880 in den meisten Branchen zurückgegangen ist und sich nur in wenigen Branchen gehoben hat. „Der deutsche Export“, so sagt Dr. Pallmann in seiner sehr lehrreichen Schrift über den deutschen Exporthandel und die nordamerikanische Konkurrenz bei Erörterung der Ursachen des Rückganges des deutschen Exporthandels, „der deutsche Schutzoll auf Getreide, Eisen, Farbwaaren u. s. w. hat die Exportfähigkeit mancher deutschen Fabrikationszweige augenscheinlich vermindern helfen. Das zeigt der überaus starke Rückgang des Gesamtumsatzes in Mehl und Mühlenfabrikaten, schmiedbarem Eisen, Roheisen u. s. w. Dieser Rückgang erklärt sich theils aus der verminderten Kaufkraft, d. h. aus der steigenden Verarmung des deutschen

Publikums, theils aus dem geringer gewordenen Export.“

Drei Faktoren sind es, auf denen der deutsche Export hauptsächlich beruht: die Fabrikanten, welche die deutschen Exportwaaren liefern; die Exporteure, welche diese Waaren vertreiben und die deutschen Konsulate. Was die Fabrikanten und Exporteure anbelangt, so ist die Thatsache unreeeller Waarenlieferung Deutschlands in das Ausland in Zeitungen, auch offiziösen Charakters, neuerdings vielfach hervorgehoben worden, selbst das preussische Handelsministerium hat Anlaß genommen, die deutschen Exporteure, welche nach Nordamerika liefern, vor den Folgen unreeeller Zolldeklarationen, die gerade bei deutschen Exporteuren häufig vorkommen und den deutschen Export gefährden, eindringlich zu warnen. Sehr charakteristisch für den Betrieb des deutschen Exporthandels ist eine Aeußerung des bekannten Afrika-Reisenden C. von Weber. Derselbe schreibt mit Bezug auf Süd-Afrika Folgendes: „Ihre Waaren beziehen die deutschen Hausirhändler fast ausschließlich aus England. Als ich nach dem Grunde hiervon fragte, wurde mir die Antwort zu Theil, daß man die Einfuhr deutscher Waaren habe einstellen müssen, weil die deutschen Exporteure in Hamburg und Bremen in der Regel nur schlechte, billige Waare geliefert und dem speziellen Geschmack der südafrikanischen Kolonisten gar keine Konzessionen gemacht hätten. Außerdem sei ihre Emballage gewöhnlich eine sehr vernachlässigte, ohne alle Eleganz und geschmackvolle Form, weshalb deutsche Waaren hier nicht so leicht Abnehmer fänden, als die englischen.“ Leider bestätigen viele Berichte über den deutschen Exporthandel, sowohl amtliche als nichtamtliche, die bedauerliche Thatsache, daß der deutsche Export durch ebenso ungeschickte wie unreeelles Verfahren vieler deutschen Fabrikanten hinsichtlich seiner geistlichen Weiterentwicklung in neuester Zeit geradezu in Frage gestellt wird.

Hierzu kommt nun noch, um auch den dritten Faktor zu erwähnen, der Mangel an tüchtigen Berufs-Konsuln in den überseeischen Ländern. In den sämtlichen britischen Kolonien existiren nur drei, in China vier Berufs-Konsulate, in ganz Zentral-Amerika eins, in Brasilien kein einziges. Bei aller Achtung vor den Leistungen der Nichtberufs-Konsuln wird man zugestehen müssen, daß nur ein Berufs-Konsul die nöthige Mühe und die nöthige Objektivität für sein schwieriges Amt besitzt. Insbesondere werden bei einem Konsul, der selbst Geschäftsmann ist, leicht gewisse Rücksichten, bewußt oder unbewußt, Geltung erlangen, welche seine auf den deutschen Export bezüglichen Berichte beeinflussen.

Wenn wir in Vorstehendem kurz die Verhältnisse dargelegt haben, welche vorzugsweise den deutschen Exporthandel hemmen und schädigen, so ergibt sich aus der Natur derselben zugleich, daß die Schaffung überseeischer Kolonien an und für sich in diesen Verhältnissen nichts zu bessern vermag, es sei denn, daß man vielleicht die deutschen Kolonisten zwangsweise dazu anhalten wollte, ihren Waarenbedarf vom Mutterlande zu beziehen. Will man das nicht, so wird der deutsche Kolonist seine Waaren da entnehmen, wo er sie am besten und billigsten beziehen kann.

Alle Versuche zur Hebung des deutschen Exporthandels werden so lange erfolglos bleiben müssen, als ein Theil der deutschen Fabrikanten in Bezug auf den deutschen Export eine gesündere Grundlage zu schaffen nicht ehrlich bemüht ist. Möge der preussische Volkswirtschaftsrath sich vor allen Dingen die Aufgabe stellen, hier rathend und fördernd einzutreten.

Die Zusammensetzung des Reichstags.

Unter diesem Titel schreibt die „N. L. Z.“: „Die Liste der Zusammensetzung des Reichstags nach Berufsständen ist nicht ohne praktisches Interesse. Wir ersehen daraus, daß auf die Landwirtschaft 107 Abgeordnete entfallen, während nur einige 30 Reichstagsmitglieder der Industrie und dem Handel angehören, gegen 50 der Staats- und Kommunalverwaltung, gegen 30 dem Richterstand, einige 20 der Rechtsanwaltschaft, 18 der Wissenschaft, 22 dem geistlichen Stande, 20 der Schriftstellerei; die übrigen Mitglieder gehören verschiedenen in größere Rubriken nicht unterzubringenden Ständen an. Zunächst fällt dabei in die Augen die unverhältnismäßig starke Vertretung der Landwirtschaft, die sich über ein Viertel der Gesamtzahl beläuft und dem an Beamten- und Rechtsanwaltschaften befindlichen Juristenthum mindestens gleichkommt. Die bekannten Klagen des Reichskanzlers über die „Arbeitsbienen und Drohnen“ im Parlament erfahren durch diese reiche Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen eine neue Widerlegung. Zu beklagen ist die noch immer unverhältnismäßig geringe Zahl von praktischen Männern des Handels und der Industrie. Es ist aber bei den Ansprüchen an Zeit, welche der Parlamentarismus erhebt, kaum zu hoffen, daß Männer aus diesen Ständen des praktischen Lebens jemals in größerer Zahl nach Mandaten streben, so wichtig und wünschenswerth dies auch gerade im Reichstag mit seinen vorwiegend wirthschaftlichen Auf-

gaben wäre. Eine Erscheinung, die mit jedem Jahre an Umfang zunimmt und ebenfalls dem Reichskanzler bereits zu Klagen und zwar einigermaßen berechtigteren Anlaß gegeben hat, ist die überaus große Zahl von Abgeordneten, die in Berlin ihr ständiges Domizil haben. Der normale und wünschenswerthe Zustand, daß die Abgeordneten aus der Mitte der Wahlkreise hervorgehen, verändert sich immer mehr zu Gunsten des Vorwiegens des Berlinerthums. Einen ansehnlichen Theil der Schuld an der Erscheinung, daß immer mehr Wahlkreise heimische Vertreter nicht mehr finden, sondern sich aus Berlin versorgen lassen müssen, trägt ohne Zweifel der Mangel an Diäten, der es vielen sonst geeigneten und bereitwilligen Männern zur Unmöglichkeit macht, monatelang in der Reichshauptstadt zu leben.“

Deutschland.

C. Berlin, 24. November. [Reichstag. Die Einladung zum Reichskanzler.] Der heutige erste Tag der Statsdebatte im Reichstage hat die gehegten Erwartungen nicht erfüllt; das auf den Tribünen äußerst zahlreich versammelte Publikum wird einigermaßen enttäuscht nach Hause gegangen sein. Unter den Abgeordneten veranlaßte das beim Beginn vom Präsidenten verlesene Schreiben des Reichskanzlers, durch welches die kaiserliche Eröffnungs-Botschaft formell dem Hause übersandt wird, einen Augenblick einen Zweifel darüber, ob sie nicht nunmehr auf die Tagesordnung einer Sitzung zu bringen sei und danach doch noch etwas wie eine Adressdebatte entstehen würde; ja die Konjektur tauchte sogar auf, dies sei die der Ueberwindung zu Grunde liegende Absicht: da die Parteien der Linken notorisch von einer Adress-Verhandlung Abstand zu nehmen beschloßen haben, so habe der Kanzler es als politisch vortheilhaft erachtet, sie dazu zu nöthigen. Indes abgesehen davon, daß dies keineswegs vortheilhaft für die Regierung wäre, da die Präsidentenwahl-Majorität bei einer Adressdebatte sofort wieder zerfallen würde, so fehlte der ganzen Konjektur der staatsrechtliche, resp. geschäftsordnungsmäßige Boden: „Vorlagen“ im Sinne der Reichsverfassung und der Geschäftsordnung — diese besagt es ausdrücklich in § 17 — gehen nur vom Bundesrath aus, für den der Kaiser, resp. der Kanzler sie an den Reichstag leitet; eine „Vorlage“, welche selbstverständlich auf die Tagesordnung käme, ist die Botschaft daher nicht — was natürlich nicht hindern könnte, daß der Reichstag sie durch ausdrücklichen Beschluß zur Verhandlung stelle, wozu aber aus den Gründen, welche zum Verzicht auf einen Adress-Antrag veranlaßten, nirgends Neigung vorhanden ist. Die oben angedeutete Auffassung der geschäftsordnungsmäßigen Lage der Sache ist dem Vernehmen nach auch die des Präsidenten. — Während der einleitenden Gespräche, zu denen die Verlesung des Schreibens des Kanzlers gehörte, konnte man das eigenthümliche Schauspiel genießen, die Herren Falk und Windthorst unter freundschaftlichem Gespräch neben einander Platz nehmen zu sehen: seit der vorigen Sitzung hat nämlich Herr v. Bunsen, um inmitten seiner jeffersonianischen Fraktionsgenossen zu sitzen, seinen alten Platz in der ersten Reihe neben Bennigsen an Herrn Falk abgetreten, der soweit auch äußerlich als einer der Führer der national-liberalen Partei erscheint, durch den Platzwechsel aber nun der nächste Nachbar seines politischen Antipoden Windthorst geworden ist. — Was die heutige Verhandlung selbst betrifft, so ist sie durch das Verdienst des Herrn v. Minnigerode „ausgegangen wie das Hornberger Schießen“: er verzichtete, weil es ihm mit Rücksicht auf das bevorstehende parlamentarische Diner zu spät zum Sprechen war; kein Liberaler wollte reden, bevor ein Konservativer geantwortet — und Alles war zu Ende! Richter's Rede fehlte ein wenig die notwendige Anregung durch vorhergehende, zur Polemik herausfordernde gegnerische Aeußerungen. In dieser Beziehung konnte eine formal nicht ungeschickte, aber trockene Einleitungsrede des Schatzsekretärs Scholz, welcher zur Erläuterung des Stats im Wesentlichen nur den Inhalt der Budgetvorlage beigegebenen Denkschrift vortrug, Herrn Richter wenig Anhaltspunkte für die stärkste Seite seiner rednerischen Begabung darbieten. Derselbe hielt sich bei dem Etat nur wenig, nur mit einer Anzahl ironischer Bemerkungen auf; die Einleitung und das auf diese finanziellen Aphorismen folgende Hauptstück der Rede war die Kritik der Botschaft und der gouvernementalen Wahlagitation, wobei der Redner, der gemäßigt sprach, manchen wirkungsvollen Moment hatte, im Ganzen aber nicht auf der Höhe dessen, was er zu leisten vermag, stand. Sehr peinlich schien den Staatssekretären auf der ersten Bank des Bundesraths die Erwähnung der in der „Nordd. Allg. Ztg.“ erschienenen Drohung zu sein, daß man die Verfasser der der neuen Wirthschaftspolitik ungünstigen Handelskammerberichte zur Verantwortung ziehen werde: die Herren steckten unter dem stürmischen Gelächter des Hauses die Köpfe möglichst tief in ihre Ätten. — Bei der Einladung des Kanzlers an den Gesamtvorstand des Reichstags zu dem heutigen Diner soll ein komisches quid pro quo passirt sein: das Bureau solle aus Versehen anstat-

